



THEMA 2: Interkultureller Dialog

Lehr- und Lernhilfen

Politische, sozioökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen

Der Nationalstaat im Spannungsfeld von Integration, Transformation und Immigrationsdruck

von: *Edmund Ohlendorf*

Wenn man im Rahmen eines interkulturellen Dialogs über die Rolle des Nationalstaates nachdenkt, stößt man auf ein sehr komplexes Geflecht von Beziehungen zwischen verschiedenen Akteuren und Betroffenen.

Zunächst wird versucht, von einer nationalen, europäischen oder globalen Ebene aus historische und politische Entwicklungen zu beschreiben.

In einem zweiten Schritt werden Folgen dieser Entwicklungen anhand von Beispielen erläutert. Die Grafik Gp 202/1 (s. Materialsammlung, S. 7) mit ihren analytischen Elementen, Maßnahmen oder Verhaltensweisen verdeutlicht das komplexe Beziehungsgeflecht.

Ein dritter Abschnitt geht mehr ein auf Auswirkungen bei Individuen und Gruppen, die von bestimmten sozioökonomischen oder politisch-kulturellen Veränderungen betroffen sind. Auch diese Perspektive wird durch eine Tabelle optisch unterstützt (s. Gp 202/2, Materialsammlung, S. 8)

Ein viertes Kapitel befasst sich besonders mit Auswirkungen der sozioökonomischen Transformation auf die Beziehung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft.

1. Die Ausgangslage

1.1 Erwartungen gegenüber dem Nationalstaat

Die Bürger - zumindest in den meisten europäischen Ländern – erwarten von ihren Staaten:

- Den Schutz von Leib und Leben, d.h. innere und äußere Sicherheit
- Eine soziale Sicherung bei Krankheit und Alter
- Rechtmäßigkeit von Herrschaft
- Angebote für eine ausreichende Bildung
- Günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Existenzsicherung und
- Schutz der Lebensqualität

Staaten, die diese Leistungen vollbringen, üben auf Menschen aus anderen Staaten mit geringeren Leistungen eine z.T. so große Attraktivität aus, dass jedes Jahr Tausende sogar ihr Leben riskieren, um in den Genuss dieser Leistungen zu kommen.

Eine Reihe von Faktoren hat aber in den letzten 20 Jahren dazu geführt, dass der Nationalstaat die Erwartungen seiner Bürger nicht mehr oder nur unzureichend erfüllt bzw. erfüllen kann. Seine Kraft, für soziale Integration zu sorgen, hat abgenommen und zunehmend versuchen nahezu alle Staaten Europas, die Immigration aus nicht europäischen Ländern abzuwehren. Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

1.2 Europäisierung, Globalisierung und demografischer Wandel

- Im Gegensatz zur massiven Behinderung der Immigration von außen, hat die Europäisierung im Inneren zu mehr Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit geführt.
- Begünstigt durch den Fall des eisernen Vorhangs in Europa und das Ende des globalen Ost-West-Gegensatzes haben nationale Grenzen für Informations-, Kapital- und Warenströme an Bedeutung verloren. (Weitere Details zur sog. Globalisierung finden sich im Beitrag von Ute ACKERMANN-BOEROS zum COMCULT Thema 3)
- Die Zahl der Menschen in den Industrieländern der westlichen Welt nimmt ab, während sie in der Dritten Welt zunimmt. Dies erhöht auf der einen Seite den Immigrationsdruck auf die wohlhabenden Staaten und verlagert auf der anderen Seite die Güternachfrage in bisher weniger entwickelte Regionen.
- Gleichzeitig werden die Menschen durch die Leistungen der Medizin immer älter, wodurch die Kosten für das Gesundheitswesen und die Renten in der bisher gewohnten Höhe nicht mehr bezahlbar sind.

1.3 Die Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates

Der Wohlfahrtsstaat, wie er sich seit Ende des 19. Jh. in Europa entwickelt hatte, konnte durch gesetzliche Regelungen Unternehmen und Individuen zwingen, einen Teil ihrer Gewinne abzugeben (Interventionsstaat). Diese wurden durch eine entsprechende Verwaltung in den sozialen Bereich umgelenkt, und dadurch war es einem zunehmend größeren Teil der Bevölkerung möglich, am Wohlstand teilzunehmen. Dieses System funktionierte - unterbrochen durch die beiden Weltkriege – bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Gerade in dem Moment, in dem der Wohlfahrtsstaat zur Sicherung seines Standards eigentlich mehr finanzielle Mittel gebrauchen könnte, verlagern Wirtschaftsunternehmen (sog. Global Player) einen Teil ihrer Produktion in Länder mit geringeren Löhnen oder mit wachsenden Märkten. Solche Unternehmen bringen viele Nationalstaaten in arge Bedrängnis, da sie ihnen sowohl lokale Investitionen als auch Steuern entziehen und in vielen Fällen auch noch Arbeitskräfte entlassen, die von den „Sozialen Netzen“ der Nationalstaaten aufgefangen werden müssen. (LANGE, 2002, S. 121; LEIBFRIED/ZÜRN, 2006, S. 44f)

Eine Reduktion der sozialen Leistungen geht meistens mehr zu Lasten der Schwachen in der Gesellschaft. Die sich dadurch verbreiternde Lücke zwischen Reichen und Armen kann in demokratischen Systemen destabilisierend wirken, wenn die Veränderungen in ihren Zusammenhängen nicht hinreichend verstanden oder akzeptiert werden. Allein schon die Angst vor sozialer Demontage führte in Frankreich 2005 zur Ablehnung der Europäischen Verfassung und stürzte damit die gesamte EU in eine politische Krise.

Von der Globalisierung profitierten in erster Linie Unternehmen und Vermögensbesitzer, wogegen wenig qualifizierte Arbeitskräfte durch Billiglohnkonkurrenz weniger verdienen oder gar ihren Job verlieren. Muss man sich unter diesen Bedingungen vom bisherigen Ziel der „Vollbeschäftigung“ verabschieden - mit einem hohen Prozentsatz von „Ausgeschlossenen“ leben - oder gibt es Auswege aus dem Dilemma?

(In der zugehörigen Materialsammlung finden sich Fragen für den Unterricht und zusätzliche Quellen zum Thema, Tp 202/1, Tp 202/2, Tp 202/3, Tp 202/4)

1.4 Der Reformstau als Strukturproblem föderalistischer Systeme

Die beschriebenen Probleme, die die Globalisierung mit sich brachte, sind Experten und Politikern schon seit mehr als 20 Jahren bekannt, jedoch war es insbesondere in Deutschland möglich, durch Ausnutzung seines föderalen Entscheidungssystems nahezu jede Reform aus parteitaktischen Erwägungen zu blockieren. Wenn die parteilichen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat unterschiedlich waren – was in den letzten vier Legislaturperioden mehrfach vorkam - bestand für die jeweilige Bundestagsopposition (Minderheit) im Bundesrat die Möglichkeit, (hier mit Mehrheit) die meisten Gesetze zu blockieren. Da bis 2006 die Zustimmung des Bundesrates zu etwa zwei Drittel aller Gesetze notwendig war, konnten dringend erforderliche Reformen zwar diskutiert, aber nicht durchgeführt werden.

Diese Schwäche einer föderalen Struktur ist aber gleichzeitig auch eine der Europäischen Union insgesamt, obwohl hier nicht so sehr parteitaktische Überlegungen rasche Lösungen behindern, sondern die Eigeninteressen der einzelnen nationalen Regierungen.

Die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU führen auch dazu, dass sich Menschen aus ärmeren Staaten in diejenigen begeben, in denen sie mehr verdienen können und auch höhere staatliche Sozialleistungen empfangen. Die ärmeren Staaten sehen darin eine Entlastung ihrer Probleme, die reicheren eine Belastung, die zum Abbau von Sozialleistungen führen kann. Billiglohnkonkurrenz auf der einen Seite ruft nach sozialstaatlichem Schutz, verringert auf der anderen Seite aber gleichzeitig die Möglichkeit, ihn zu gewähren.

Eine gemeinsame europäische Sozialpolitik gehört wohl zu den schwierigsten Zukunftsaufgaben der EU, zumal ihre wichtigsten Mitgliedsländer erst am Anfang stehen, ihre eigenen Sozialsysteme den gegebenen Verhältnissen anzupassen. (Tp 202/5)

1.5 Die Amerikanisierung des politischen Wettbewerbs

Die angelsächsischen Länder – insbesondere die USA – haben in Hinblick auf Steuern und Sozialleistungen allerdings eine andere Kultur. Hier sagen die Bürger, der Staat habe nur sehr begrenzt das Recht, Eigentum, das sich seine Bürger durch ihre Leistungen erworben haben, an andere weiterzugeben. Staatliche Sozialleistungen sind entsprechend gering und jeder, der mehr will, muss sich entsprechend selber versichern. Denen, die das nicht können oder sich selbst nicht genügend um Billigjobs bemühen, werden alle Sozialleistungen gestrichen und ihnen bleiben nur noch die Suppenküchen der Kirchen und Wohlfahrtsverbände.

Durch die nun schon rd. zwei Jahrzehnte andauernde Selbstblockade der Politiker in einigen europäischen Ländern ist das öffentliche Argumentieren über die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates zu einem ideologischen Streit zwischen politischen Lagern verkommen, in denen die jeweiligen Parteiführer nicht mehr Meinungs-, sondern Stimmungswahlkämpfe nach amerikanischem Muster führen.

In Wirklichkeit sind sie inzwischen mehr und mehr gefangen in wirtschaftlichen Zwängen, deren Hintergründe sie dem Wählervolk nicht mehr erklären können oder aus Furcht vor der Wahrheit und ihren Folgen nicht erklären wollen.

2. Politische Folgen der globalisierten Moderne

2.1 Verlust der politischen Steuerungsfähigkeit des Nationalstaates

Der nationale Wohlfahrtsstaat ist – wie schon unter Punkt 1.3 gesagt – abhängig von der Leistungsfähigkeit einer über Märkte gesteuerten Wirtschaft. Wenn deren Akteure aber zunehmend ihre multinationale Organisation dazu benutzt, ihre Steuerlast zu reduzieren, Märkte und Preise zu manipulieren – man denke nur ans Öl – dann erwachsen den gewählten Volksvertretungen Nebenregierungen ohne demokratische Legitimation. Nationale Finanz- und Wirtschaftsminister erscheinen in bestimmten Situationen ohnmächtig und müssen ihre Pläne immer unter dem Vorbehalt verkünden, dass die globalen Parameter ihrer Kalkulation sich günstig entwickeln. Direkten Einfluss darauf haben sie nicht – oder nur sehr begrenzt.

Es gibt aber auch Politikbereiche, in denen gewählte Vertreter der Nationalstaaten Entwicklungen zugestimmt haben, deren Auswirkungen sie nicht intendiert hatten, und später nicht mehr im Rahmen nationaler Politik steuern konnten. Dies geschah und geschieht weiterhin auf der transnationalen Ebene der Europäischen Union oder durch internationale Abmachungen, z.B. im Rahmen der WTO (World Trade Organisation) oder des Klimaschutzes (Kyoto Protokoll).

2.2 Die symbolische Politik und die negative Integration

Schon seit ein paar Jahrzehnten müssen sich national gewählte Politiker zunehmend mit Folgen von politischen Entscheidungen befassen, die sie vor Jahren einmal getroffen haben. Diese Entscheidungen hielten sie einst für gut im Prinzip und ehrlicher Weise auch noch heute, aber angesichts der Schwierigkeiten, die in bestimmten Bereichen der Wirtschaft auftraten, flüchteten sich einige schnell hinter nationale Interessenmauern, um dort vor dem Groll ihrer Wähler sicher zu sein.

Nehmen wir als Beispiel die Anfänge der BSE-Krise. Britische Farmer hatten die neuen Absatzmärkte für Rindfleisch in der EU zunächst durchaus positiv begrüßt und die Produktion gesteigert, leider auch mit verseuchtem Futter. Als die BSE-Seuche ausbrach, stoppten die übrigen EU-Länder die Einfuhr von britischem Rindfleisch, was zu Protesten heimischer Politiker führte, denn wer von ihnen wäre in einem ländlichen Wahlkreis wiedergewählt worden, wenn er gesagt hätte, nicht die EU sei Schuld am Importverbot, sondern die Farmer selbst und die mangelnde Qualitätsaufsicht im eigenen Land.

Symbolische Politik ist eine Politik, die nicht die wahren Interessen und Zusammenhänge aufklären hilft, sondern in populistische Schuldzuweisungen flüchtet und **Sündenböcke** sucht.

Ein anderes Beispiel:

Als der für den EU-Binnenmarkt zuständige Kommissar Bolkestein 2004 die sog. Dienstleistungsrichtlinie vorlegte, wurde sie zunächst von Wirtschaftlern begrüßt, auch der deutsche Wirtschaftsminister Clement meinte, der freie Markt für Serviceleistungen werde deutliche Impulse für das Wachstum bringen. Auf die gesamte EU bezogen, war das sicher richtig. Als aber im Laufe des Jahres 2005 herauskam, dass zunächst die neuen EU-Mitgliedsländer im Osten Europas von der Öffnung der Dienstleistungsmärkte mehr profitieren würden als z.B. die Hochlohnländer Deutschland und Frankreich, da wurde der EU-Kommission vorgeworfen, sie betreibe Lohn- und Sozialdumping – der **Sündenbock** war gefunden. In Wirklichkeit scheut sich z.B. die deutsche Regierung, Mindestlöhne durchzusetzen, um in einigen Branchen bereits existierende Dumpinglöhne zu beseitigen, oder gegen die Interessen bestimmter Wirtschaftsunternehmen und einzelner nationaler Regierungen auf eine gerechte europäische Lösung der Lohnfrage hinzuwirken.

Aber das ist auf EU-Ebene mit einem Entscheidungsverfahren, an dem letztlich 25 europäische Regierungen beteiligt sind, sehr schwer zu erreichen. Und in der Regel einigt man sich – aus Mangel an Solidarität – nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Und dieser wird von vielen europäischen Bürgern als **negative Integration** empfunden, wenn nicht mehr dabei herauskommt, als die „Rücknahme von nationalen politischen Regulierungen zugunsten freier Marktprozesse“. (LANGE, 2002, S. 126) Die Zustimmung zur Europäischen Union ist nur dann positiv, wenn sich auch soziale Standards für viele verbessern und da, wo Nachteile entstehen, solche durch Alternativen ausgeglichen werden. Wenn aber Wähler nach ihrer zahlenmäßigen Verteilung keinen proportionalen Einfluss im EU-Parlament haben und über Kommissionsvorschläge letztlich immer noch weitgehend nationale Vertreter im Ministerrat entscheiden – unter Ausschluss der Öffentlichkeit -, dann darf man sich nicht wundern, wenn es nationalen Politikern leicht fällt, Vorteile auf ihrem eigenen Konto gutzuschreiben und Nachteile der EU anzulasten. Eine öffentliche Diskussion gemeinsamer europäischer Sozialstandards und identitätsstiftender Wertebeziehungen ist eine dringende Aufgabe für kommende Jahre, auch in Hinblick auf eine breite Zustimmung zu einer Europäischen Verfassung. (Tp 202/5)

2.3 Vorderbühnen- und Hinterbühnenpolitik

Leider entspricht sowohl innerhalb europäischer Nationalstaaten als auch zwischen ihnen die vorgegebene Politik häufig nicht der, die im Hintergrund tatsächlich verfolgt wird.

So sagten in Deutschland linke Regierungschefs in den Bundesländern, sie wollten den Sozialstaat retten, und deswegen dürfe man seine Demontage durch die rechte Bundesregierung nicht dulden. In Wirklichkeit ging es nur darum, bei der nächsten Wahl die Macht zu gewinnen. Kaum hatte man sie erworben, wurde die Politik der abgewählten Regierung fortgesetzt, z.T. sogar gegen die Interessen der eigenen Partei.

Oder ein anderes Beispiel:

Vehement haben in Deutschland Christdemokraten die rot-grüne Koalitionsregierung bekämpft, ein modernes Zuwanderungsgesetz zu beschließen, denn das führe zu einer nicht tolerierbaren Überfremdung Deutschlands. In Wirklichkeit hofften die Christdemokraten, die Angst vor zu viel Immigranten würde ihr zusätzlich Wähler einbringen, denn kaum waren sie an der Regierung beteiligt, setzte die CDU-Kanzlerin Merkel einen Schwerpunkt ihrer Politik in der Ausländerintegration.

Auch auf EU-Ebene kann man Beispiele finden für die Diskrepanz zwischen vorgeschobenen Argumenten und tatsächlichen Absichten.

Auf dem Gipfel der europäischen Regierungschefs im Juni 2005 gab der britische Premierminister Tony Blair vor, er werde eine Reduzierung des sog. Britenrabatts erst dann erwägen, wenn die Franzosen im Gegenzug auch auf einen Teil ihrer Agrarsubventionen verzichten würden. Die Verhandlungen über die Finanzplanung der EU bis 2013 scheiterten seinerzeit an dieser Frage, da – wie Blair meinte – die EU lieber in Kühe als in Kinder und lieber in Bauern, statt in Bildung investieren würde.

Während der darauf folgenden britischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 konzentrierte sich die britische Regierung aber gegen alle Erwartungen nicht darauf, den Anteil der Agrarausgaben im EU-Haushalt zu reduzieren, sondern auf den Erhalt des Britenrabatts in voller Höhe. Zusätzliche Mittel für Bildung und Forschung – die auch Blair für notwendig hielt – sollten nun nicht mehr durch Einsparungen im Agrarhaushalt gewonnen werden, sondern durch weniger Ausgaben für die regionale Entwicklung in den neuen EU-Ländern Mittelosteuropas. (Tp 202/6, Tp 202/7)

Diese waren auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza (Dez. 2000) schon einmal benachteiligt worden durch eine Methode, die man im Englischen „**package dealing**“ (Kopplungsgeschäft oder Junktim) nennt.

Der spanische Ministerpräsident Aznar setzte sich entschieden für die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte in Europa ein, obwohl Spanien seit Jahren kaum noch Arbeitsemigranten zu verzeichnen hat. Die deutsche Regierung fürchtete dagegen im Zuge der Osterweiterung der EU einen massiven Zustrom von Arbeitskräften aus Mittelosteuropa, insbesondere aus Polen, und verlangte lange Übergangsfristen. Dies widersprach völlig den Interessen der polnischen Regierung, und sie war froh über die Schützenhilfe aus Spanien. Als die Tagung zu scheitern drohte, bot Aznar den Deutschen an, die geforderten Übergangsfristen zu akzeptieren, wenn im Gegenzug die Deutschen dafür eintreten würden, dass die Mittel aus dem Kohäsionsfonds ab dem Jahre 2007 in voller Höhe an Spanien weitergezahlt würden. Auf dieser Basis einigte man sich schließlich, allerdings zu dem Preis, dass die neuen EU-Länder Mittelosteuropas in den kommenden Jahren weniger Geld für Infrastrukturverbesserungen und Umweltschutz bekommen. Spanien hat nur sein Stimmgewicht (in diesem Falle ein Veto) genutzt, aber nichts eingesetzt, und Polen als größtes neues EU-Mitglied hatte das Nachsehen.

Mag das Erreichen politischer Ziele mit vorgetäuschten Argumenten hie und da auch Beifall finden, insgesamt schadet es in jedem Falle dem Ansehen der politischen Eliten, egal ob sie auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene agieren.

2.4 Der Nationalstaat und die gesellschaftliche Integration

Der Nationalstaat im klassischen Sinne als Behälter (Containertheorie) für ein Staatsvolk (Nation) mit gemeinwohlorientierter Steuerungskompetenz steckt in einem Dilemma. Als Teil eines transnationalen (europäischen) wie globalen Systems, gelingen ihm drei Dinge zurzeit nicht:

- Die Integration von Immigranten, seien sie nun aus Mittelost- oder Südosteuropa, aus Mangel an finanziellen Mitteln und aus Angst vor „Überfremdung“.
- Der Aufbau eines Ordnungsrahmens für die Schaffung gerechter sozioökonomischer Lebensbedingungen, zumindest innerhalb Europas, aus Mangel an Übereinstimmung bei

entsprechenden Werten und Normen, denn europäische Solidarität setzt europäische Identität voraus, und die ist nicht in Sicht.

- Die Bändigung von schädlichen Auswüchsen der Globalisierung aus Mangel an politischer und ökonomischer Macht.

3. Die Auswirkungen nationaler, europäischer und globaler Rahmenbedingungen auf die deutsche Gesellschaft

In Deutschland haben die bisher geschilderten Rahmenbedingungen zu krisenhaften Zuständen geführt. (Gp 202/2)

3.1 Strukturkrise

Bedingt durch Rationalisierung, Technisierung und Globalisierung schwankt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland seit Jahren zwischen 4 und 5 Mio. Das entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von etwa 9 bis 11 %, in Teilen Ostdeutschlands erreicht sie auch mehr als 20 %.

Geht man davon aus, dass eine zufrieden stellende Integration in die Gesellschaft im Wesentlichen davon abhängt, ob Menschen einen Zugang zu Bildung und Arbeit haben, dann kann man ermesen, dass sich in der deutschen Gesellschaft zunehmend der Eindruck von Desintegration verbreitet. (Tp 202/8).

Der Verlust des Arbeitsplatzes hat in vielen Fällen gar nichts zu tun mit individuellem Versagen, sondern wird häufig verursacht durch Verlagerung der Produktion ins Ausland oder durch den Niedergang ganzer Industriezweige wegen Unwirtschaftlichkeit.

Ein schneller Ersatz für den verlorenen Arbeitsplatz ist häufig nicht vorhanden, und nach einem Jahr der Arbeitslosigkeit werden Personen, die ein Leben lang gearbeitet haben, finanziell denen gleichgestellt, die ihren Lebensunterhalt schon immer überwiegend aus staatlicher Sozialhilfe finanziert haben.

Durch solche Bedingungen entstehen Abstiegsängste, Ohnmacht, Gleichgültigkeit, aber je nach persönlicher Veranlagung können sie auch Konflikt- und Gewaltpotential freisetzen. (Tp 202/9; HEITMEYER, 1997, S. 634)

3.2 Regulationskrise

Soziale Integration ist umso intensiver, je mehr gemeinsame Werte und Normen geteilt werden. Die gesellschaftliche Entwicklung ist aber durch zwei gegenläufige Trends gekennzeichnet. Auf der einen Seite ermöglicht eine Pluralisierung von Werten und Normen die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Vielfältigkeit, bewirkt aber gleichzeitig unter dem Druck von Existenzsicherung und Abstiegsängsten, dass sowohl Sinn als auch Verständigung abnehmen, wenn Konkurrenz zu Abgrenzung gegenüber anderen zwingt.

„Auch die Belieblichkeit untergräbt die Wert- und Normstruktur, weil die Auswirkungen des eigenen Handelns auf andere nicht mehr sonderlich berücksichtigt werden müssen.“ (HEITMEYER, 1997, S. 635) Ist der Kern der unbestrittenen Normen kleiner als der der umstrittenen, führt das zur Delegitimierung von Werten und Normen insgesamt, d.h., die Bereitschaft nimmt ab, sich nach den unstrittigen zu richten. Pluralisierung kann sich neben Freiheitszuwächsen auch destabilisierend auf das Normgefüge auswirken, insbesondere dann, wenn Strukturkrisen um sich greifen.

3.3 Loyalitätskrise

Wenn in der Gesellschaft durch ökonomische Ausgrenzung (Strukturkrise) und verminderte soziale Kontakte auch noch der Eindruck entsteht, dass bisher geltende zwischenmenschliche Verhaltensregeln ins Wanken

geraten (Regulationskrise), kommen auch leicht Zweifel auf, inwieweit dann noch die Grundpfeiler staatlich garantierter Versorgungsprinzipien verlässlich sind.

„Anders als z.B. im angelsächsischen Kulturkreis hängen Legitimität und Unterstützung der politischen Systeme in Kontinentaleuropa stark von einem messbaren materiellen Output der politischen Verfahren für die Bevölkerung ab. Die Demokratieakzeptanz orientiert sich gerade auch in Deutschland an der Summe wohlfahrtsstaatlicher Schutz-, Vorsorge- und Transferleistungen.“ (LANGE, 2000, S. 115)

Wenn z.B. im Falle von unverschuldeter Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und bei der Finanzierbarkeit der Rente Zweifel aufkommen an der Verbindlichkeit politischer Aussagen, dann kann das für die politisch Verantwortlichen zu Legitimitätsverlust führen, und Bürger kündigen solchen Politikern oder gar dem gesamten demokratischen System die Loyalität auf. Allgemeine Politikverdrossenheit, sinkende Wahlbeteiligung oder die Wahl extremistischer Parteien sind Ausdruck eines stillen oder offenen Protestes.

Loyalitäts- und Regulationskrise bedingen einander, denn 2002 beklagten rd. 57 % der Deutschen, sie seien machtlos gegenüber den Entwicklungen und politisch getroffenen Entscheidungen, 2005 waren schon rd. 66 % dieser Meinung. Darin drückt sich ein weit verbreitetes Gefühl der Orientierungslosigkeit aus und eine Unsicherheit über Werteprioritäten und Ziele wie auch über deren Realisierungsmöglichkeiten. (MANSEL u.a. 2006, S. 44)

3.4 Kohäsionskrise

In den stark industrialisierten Staaten Europas geht von den Arbeitsmärkten ein zunehmender Zwang aus, hoch flexibel und mobil zu sein, sofern man ein gut bezahltes Angebot wahrnehmen will, ja in einigen Regionen ist man auch bereit, jeden Tag über 100 km zurückzulegen, um überhaupt Arbeit zu finden. Viele Beschäftigte können nur an Wochenenden in ihre Wohnungen zurückkehren, manche noch seltener.

„Zwecks flexibler Chancenverwertung, so vermuten wir, setzt sich eine Mentalität durch, nach der stabile, verlässliche und enge Beziehungen und institutionelle Bindungen an andere Personen sowie Gruppen und Netzwerke eher vermieden oder zumindest den Nutzenkalkülen untergeordnet werden. Soziale Beziehungen drohen damit zunehmend labiler zu werden. Dies zeigt sich u.a. auch an den steigenden Scheidungsziffern.“ (MANSEL u.a. 2006, 41f)

Aber nicht nur das Familienleben ist von den Anforderungen der Arbeitswelt betroffen, es wird für viele Menschen auch schwieriger, Freundeskreise zu pflegen oder sich in Vereinen oder sozialen Netzwerken zu engagieren. Etwa 40 % der deutschen Bevölkerung meinte in den Jahre 2002 bis 2005, es werde immer schwieriger, echte Freunde zu finden. Insbesondere in den unteren Einkommensbereichen – wozu auch häufig allein erziehende Mütter zählen – ist ein Rückzug aus ehemals bestehenden sozialen Bindungen und Netzwerken zu beobachten. Diese Desintegration kann im Extremfall dramatische Folgen haben bis hin zu Mord sowohl bei Einheimischen als auch bei Familien mit Immigrationshintergrund.

4. Die Beziehungen zwischen der sozioökonomischen Transformation Europas und der Immigration

Bis hinein in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat man den Integrationsproblemen ethnischer Minderheiten in den Industriegesellschaften Mitteleuropas weder in der Soziologie noch in der Politik besondere Bedeutung beigemessen. Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs und den bereits geschilderten Auswirkungen der globalisierten Moderne werden die Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten zunehmend komplizierter.

Auf der einen Seite muss man drei Wellen der Immigration in West- und Mitteleuropa unterscheiden:

- I Zuwanderung aus den Mittelmeerländern und der Türkei bis Mitte der 70er Jahre
- II Zuwanderung aus Mittelost- und Südosteuropa seit den 90er Jahren, z.T. illegal, aber seit 2004 innerhalb der EU – mit gewissen Einschränkungen – zunehmend legal
- III Seit einigen Jahren eine wachsende illegale Immigration aus Ländern außerhalb der EU, d.h. aus Osteuropa, dem Vorderen Orient und Afrika.

Auf der anderen Seite ist zu differenzieren zwischen:

- a) ökonomischen Motiven und Erfolgen bzw. Erfolgsaussichten der Immigranten,
- b) dem Grad ihrer kulturellen Andersartigkeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und
- c) den sozialen Absicherungsmöglichkeiten innerhalb der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft.

Auf dem Hintergrund der bereits geschilderten Krisen, die den meisten europäischen Ländern mehr oder minder zu schaffen machen, kann man ermessen, welches Konfliktpotential sich sogleich aufbaut, wenn je nach Immigrantengruppe I, II oder III

- a) wirtschaftliche Konkurrenz (Billiglöhne)
- b) Aufweichung des Werte- und Normsystems (Pluralismus) und/oder
- c) sog. „Sozialschmarotertum“

vermutet wird.

Natürlich ist die Wahrnehmung des Phänomens Migration in jedem EU-Land anders. Was ein Teil der Bevölkerung als Bedrohung empfindet, sieht ein anderer als Chance zur Gewinnmaximierung oder als notwendigen demografischen Ausgleich, wiederum andere sehen in ihr eine willkommene Gelegenheit zur Modernisierung der nationalen Gesellschaft. (Weitere Details über Immigrationsprobleme finden sich im Beitrag von Ute ACKERMANN-BOEROS zum COMCULT-Thema 2, Faktischer Ansatz)

In Hinblick auf die Lage in Deutschland sollen im Folgenden in erster Linie die Probleme der Immigrantengruppe I beleuchtet werden und innerhalb dieser Gruppe, insbesondere die türkischen Immigranten, die mit rd. 2 Mio. den Hauptanteil stellen.

4.1 Die Strukturkrise und ihre Wirkung auf die Beziehung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft

Schon in Kapitel 3.1 wurde gezeigt, dass die fortschreitende Entkopplung von Kapital und Arbeit – d.h. Wachstum ohne Zunahme von Arbeitsplätzen – zu einer sozialen Desintegration bei der Mehrheitsgesellschaft führt. Diese Entwicklung trifft viele Immigranten und deren Familien besonders hart, da sie, wenn mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Qualifikationen hinzukommen, auf den Billiglohnssektor ausweichen müssen, häufig unter Tarif beschäftigt werden, oder gar völlig auf Arbeitslosengeld und weitere staatliche Sozialleistungen angewiesen sind.

Durch die sich verschärfende Strukturkrise hat sich in den letzten Jahren auch das Konfliktpotential zwischen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, die von sozialem Abstieg bedroht sind, und bestimmten Immigrantengruppen so stark zugenommen, dass diese diskriminierende Äußerungen und Tötlichkeiten erdulden mussten, z.T. aber auch erwidert haben (z.B. Jugendliche in Berliner Schulen).

...“Nehmen Personen den eigenen Status als bedroht wahr, und machen sie hierfür spezifische gesellschaftliche Gruppen verantwortlich, tendieren sie zur Abwertung genau dieser Gruppen. In dieser Variante besteht also eine Verbindung von sozialer Lage – Bewertung der Krisen – Abwertung von schwachen Gruppen. Der Zusammenhang von Soziallage und dem Ausmaß der Abwertung der Gruppen wird also durch die Wahrnehmung der Krisen vermittelt...” (MANSEL u.a. 2006, S. 45)

Längst sind solche Abwertungsstimmungen bis hinein in die mittleren und gehobenen Soziallagen der deutschen Gesellschaft verbreitet. „Fremdenfeindlichkeit, in dem Sinne, dass >sich die Deutschen im eigenen Land gegen die vielen Ausländer wehren müssen <, ist beispielsweise innerhalb eines Jahres, d.h. zwischen Frühjahr 1995 und Frühjahr 1996 von 25,5 % auf 40,9 % gestiegen.“ (HEITMEYER, 1997, S. 651)

4.2 Die Regulationskrise - für Immigranten hat sie besondere Folgen

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass türkische Immigranten, die eine entsprechende Bildung mitbrachten oder sie in Deutschland erwarben, das Leben in einer z.T. anderen Werteumgebung als zusätzliche Bereicherung empfinden.

Der größere Teil der türkischen Immigranten stammt aber ursprünglich aus ländlichen Gebieten der Türkei mit einer z.T. bildungsfernen Mentalität. Für diese Gruppe bedeutet die Strukturkrise eine Verschärfung ihrer ohnehin schwierigen Lage. Der Mangel an finanziellen Mitteln, fehlende gesellschaftliche Anerkennung und bei Arbeitslosigkeit noch als „Sozialschmarotzer“ verdächtigt zu werden, führt geradewegs in die ethnische Selbstisolation, in der das Festhalten an hergebrachten patriarchalischen Ordnungsvorstellungen die einzig sichere Orientierung bleibt.

Jugendliche, die unter solchen Bedingungen aufwachsen, haben es doppelt schwer, da sie innerfamiliär ständig einen Widerspruch erfahren zwischen dem Anspruch der Eltern auf Achtung und Ehre und deren tatsächlichem Unvermögen, diese auch außerhalb der Familie in der Gesellschaft zu erwerben. Setzt sich diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Realisierungsmöglichkeit im eigenen Leben fort, muss das zu Minderwertigkeitskomplexen führen, die geradezu nach Kompensation rufen, sei es durch eine starke Gewaltbereitschaft oder durch eine Verachtung der angeblich sittenlosen Mehrheitsgesellschaft als Basis für ein zumindest moralisches oder kulturelles Überlegenheitsgefühl.

Politisch gefährlich werden solche Verhaltensweisen, wenn sie in bestimmten Gruppen einen organisatorischen Rahmen finden.

4.3 Die Loyalitätskrise – sie reicht bis in die dritte Generation

Die Loyalität gegenüber dem Nationalstaat hängt ab vom Grad der Identifikation mit Werten, die seine Bürger vertreten, und den Leistungen, die er für sie erbringt. Wie aber können sich Immigranten leicht mit einer Gesellschaft identifizieren, die ihnen über Jahrzehnte hinweg Anerkennung versagt hat? Andererseits hat die Fußballweltmeisterschaft 2006 deutlich gezeigt, wo die Sympathien der Türken (mit oder ohne deutschem Pass) liegen. Nur weil die türkische Mannschaft nicht an den Spielen teilnehmen konnte, schwenkten türkische Immigranten die deutsche (Ersatz-) Fahne.

Dieses Verhalten offenbart auf beiden Seiten schwer wiegende Fehler im Bemühen um Integration, die sich aber unter vielen Jugendlichen - gerade der dritten Einwanderergeneration - krisenhaft zuspitzen. Obwohl viele der in Deutschland geborenen Immigrantenkinder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, und somit rechtlich der Mehrheitsgesellschaft gleichgestellt sind, bedeutet das nicht viel, wenn sie von Müttern erzogen wurden, die kein Deutsch sprechen, dann sind auch die Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen so schlecht, dass sie in der Schule benachteiligt sind. Und wenn das Bildungssystem nicht zum sozialen Aufstieg genutzt wird oder werden kann, dann tendieren auch berufliche Chancen gegen null. Hinzu kommt, dass für diese dritte Generation eine Rückkehr in die Türkei kaum möglich ist, da auch die türkischen Sprachkenntnisse dafür zu schlecht sind. Abgesehen davon, bringen diese Jugendlichen Verhaltensweisen mit, die ihnen in der Türkei sofort den Namen „Deutschländer“ eintragen, und sie auch hier eine neue Minderheit sein würden.

Die Frage nach der Loyalität der ersten und zweiten Einwanderergeneration stellt sich kaum. Die Anzahl der Satellitenschüsseln an Häusern, die von Türken bewohnt werden, oder die Zahl türkischer Zeitungen an deutschen Zeitungsständen deuten darauf hin, das viele türkische Immigranten nur physisch und ökonomisch in Deutschland leben, ihre kulturelle Heimat aber nach wie vor die Türkei ist.

Die Regeln, nach denen diese Parallelgesellschaft lebt, haben Deutsche bisher nur bei einigen Kriminalfällen aufgeschreckt. Allerdings wächst die Besorgnis der öffentlichen Meinung im Zuge der allgemeinen Strukturkrise. Abstiegsängste, Verteilungskämpfe um knapper werdende Mittel in den Sozialkassen schärfen den Blick auch auf die Immigrantengruppen und erhöhen hier den Anpassungsdruck.

4.4 Die Kohäsionskrise – bei Immigranten verläuft sie zum Teil anders

Während in der Mehrheitsgesellschaft der soziale Zusammenhang mehr und mehr verloren geht, kann man bei vielen Immigranten genau das Gegenteil beobachten. Familiäre und nationale Bindungen werden durch eine bewusste Ausgrenzung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft verstärkt und zu kulturellen Verteidigungspositionen ausgebaut, die zu durchbrechen, für Jugendliche sehr schwierig werden kann und gelegentlich schon zu Katastrophen geführt hat.

Zwangsheirat und Ehrenmord sind Symptome für familiäre Ordnungsvorstellungen, die im Widerspruch zu allgemeinen Menschenrechten stehen. Ebenso inakzeptabel ist es, wenn sich etwa sog. Hassprediger der Religion bedienen, um durch Ausgrenzung jede Basis für ein friedliches Zusammenleben zu unterminieren.

Noch gefährlicher wird die allein nach innen gerichtete Kohäsion, wenn sie auf die Gruppenmitglieder einen politisch motivierten Konformitätsdruck ausübt. Das passiert sowohl bei Rechtsradikalen als auch bei Immigranten, die zu Gewaltanwendung neigen. Beiden Gruppen wird die nationale oder religiöse Kohäsion zum letzten Refugium vor den unerbittlichen Gesetzen der Strukturkrise und der fortschreitenden Fragmentierung der Gesellschaft.

Schlussbetrachtung

Die Immigrationswelle I wurde von wirtschaftlich prosperierenden Nationalstaaten West- und Mitteleuropas ausgelöst und findet heute als Migration II innerhalb der Europäischen Union ihre Fortsetzung. An ihren Außengrenzen sorgt jetzt die Globalisierung dafür, dass jährlich Tausende von Menschen um Einlass kämpfen. D.h., alle Parameter haben sich in den letzten 50 Jahren verändert:

- Die Wirtschaft agiert nicht mehr national, sondern global, und erwartet außerhalb Europas ein schnelleres Wachstum mit höheren Gewinnen.
- Die nationalen Regierungen müssen ihre Regulierungskompetenzen mit globalen und europäischen Institutionen teilen.
- Richtung, Größe und ethnische Zusammensetzung der Migrationsströme haben sich ebenfalls verändert.

Was muss und was kann heute soziale Integration auf welcher Ebene leisten? - Ohne eine Besinnung auf fundamentale Werte des menschlichen Zusammenlebens werden befriedigende Antworten schwer zu finden sein.

Literaturliste / Quellen

- ENDRIKAT, K.; SCHAEFER, D.; MANSEL, J.; HEITMEYER, W.:
 Soziale Desintegration, Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen
 in: Deutsche Zustände, Folge 1
 (Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2002), S. 37-57
- HEITMEYER, Wilhelm: Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte
 in: Was treibt die Gesellschaft auseinander?
 (Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1997), S. 629-653
- LANGE, Stefan: Der anomische Schatten der Moderne – Gesellschaftliche Desintegration
 im Fokus der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer
 in: Soziologische Gegenwartsdiagnosen I
 (UTB 2158, Leske, Opladen 2000), S. 109-123
- LANGE, Stefan: Nationalstaat und Demokratie im Sog der Globalisierung:
 Politische Gegenwartsdiagnosen
 in: Soziologische Gegenwartsdiagnosen II
 (UTB 2349, Leske, Opladen 2002), S. 115-154
- LEIBFRIED, Stephan; ZÜRN, Michael: Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation
 in: Transformationen des Staates?
 (Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2006), S. 44f
- LEPSIUS, M. Rainer: Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?
 in: Blätter für deutsche und internationale Politik
 (Heft 8, 1997, S. 948-955)
- MANSEL, Jürgen; ENDRIKAT, Kirsten; HÜPPING, Sandra:
 Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten
 in: Deutsche Zustände, Folge 4
 (Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2006), S. 39-66
- SCHÖNHAUSER GESPRÄCHE: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – Politik,
 Wirtschaft und Bürger in der Verantwortung
 Hrsg.: Bundesverband deutscher Banken
 (Berlin, 29./30. Nov. 2005), 131 S.